



Baden-Württemberg.de

📅 02.03.2020

BILDUNG

Unterrichtsreihe zum Thema Rechtsstaat an weiterführenden Schulen



📷 © Max Kovalenko / Justizministerium Baden-Württemberg

Die Unterrichtsreihe „Rechtsstaat macht Schule“ ist ein gemeinsames Projekt von Justiz- und Innenministerium im Rahmen des Impulsprogramms der Landesregierung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Landesweites Projekt „Rechtsstaat macht Schule“ geht an den Start und bringt eine Unterrichtsreihe zum Thema Rechtsstaat an die weiterführenden Schulen.

Das Justiz- und das Innenministerium haben gemeinsam das Projekt „[Rechtsstaat macht Schule](#)“ (PDF) entwickelt und führen diese neue Unterrichtsreihe in den kommenden Wochen nun erstmals an den weiterführenden Schulen im Land durch. Zum Auftakt stellten Justizminister [Guido Wolf](#) und

Innenminister **Thomas Strobl** am **Albert-Einstein-Gymnasium in Böblingen** das neue Konzept vor und betonten die Bedeutung des Rechtsstaats für die Demokratie.

In drei Projektstunden von jeweils 90 Minuten lernen die Schülerinnen und Schüler in interaktiven Übungen und Planspielen die Aufgabe und Arbeit von verschiedenen Akteuren im Rechtsstaat kennen. Der Unterricht wird von Vertretern der Polizei, der Justiz und der Anwaltschaft zusammen mit der Lehrkraft gestaltet. Ziel ist es, bei den Schülerinnen und Schülern ein grundlegendes Verständnis für die staatlichen Normen des Zusammenlebens zu schaffen und die Akzeptanz für rechtsstaatliche Entscheidungen zu stärken.

Einsatz für die Werte der Verfassung und den Rechtsstaat

Bei der Auftaktveranstaltung am Albert-Einstein-Gymnasium in Böblingen wandte sich Minister Wolf direkt an die Schülerinnen und Schüler: „Ihr seid Teil einer Generation, die – gerade auch in den letzten Monaten – gezeigt hat, dass sie sich für gesellschaftliche Themen interessiert und sich für gemeinsame Ziele einsetzt. Als Justizminister wünsche ich mir, dass Ihr Euch leidenschaftlich für die Werte unserer Verfassung einsetzt und unseren Rechtsstaat weitertrag.“ Das Projekt „Rechtsstaat macht Schule“ werde hierzu einen Beitrag leisten. Wolf weiter: „Der Rechtsstaat, in dem wir leben, ist eine große Errungenschaft, auf die wir zurecht stolz sind.“

„Für viele von uns ist diese Demokratie, in der wir heute leben, etwas völlig Selbstverständliches. Angriffe auf unseren Rechtsstaat sind aber leider keine Seltenheit mehr. Ihn zu schützen, ist Aufgabe von uns allen: Meldet Euch daher zu Wort. Sagt laut und deutlich ‚Nein‘, wo auch immer Ihr mit Rassismus, Hass und Gewalt konfrontiert werdet,“ sagte Minister Strobl. „Mit dem Projekt ‚Rechtsstaat und Schule‘ bringen wir den Schülerinnen und Schülern die Systeme näher, die ganz wesentlich unsere Sicherheit beeinflussen. Mehr noch, wir geben ihnen ein Gesicht. Denn es ist sicherlich einfacher, einen Staat und seine Regeln zu schätzen und zu schützen, dessen Institutionen man kennt. Und vielleicht wecken wir als Nebeneffekt ja sogar bei der einen oder bei dem anderen das Interesse an einem Beruf in der Justiz oder bei der Polizei.“

Impulsprogramm zur Stärkung des Miteinanders im Land

Das Projekt „Rechtsstaat macht Schule“ ist Teil des **Impulsprogrammes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**, das von der Landesregierung im März vergangenen Jahres beschlossen wurde. Durch das Impulsprogramm mit einem Volumen von 20 Millionen Euro werden konkrete Projekte aus acht Themenfeldern umgesetzt, die durch mutige und unkonventionelle Ansätze das Miteinander im Land stärken.

„Rechtsstaat macht Schule“ ist als Unterrichtsreihe für drei Projektstunden von jeweils 90 Minuten konzipiert, wobei die Unterrichtsreihe wahlweise modular auf einzelne Termine verteilt oder kompakt als Projekttag durchgeführt wird. Die teilnehmenden Schulen erhalten umfassendes und speziell entwickeltes Unterrichtsmaterial. Es haben sich bereits 500 Interessenten aus Justiz, Polizei und Anwaltschaft gemeldet und ihre Bereitschaft signalisiert, an dem Projekt mitzuwirken. rund 370 Dozierende konnten bereits geschult und so auf ihre pädagogische Aufgabe im Rahmen des Projekts vorbereitet werden. Die für die Projektumsetzung vor Ort zuständigen Ansprechpartner bei den

Landgerichten haben bereits zahlreiche Termine für Projektstunden an den Schulen vereinbart. Seitens der Schulen gingen seit Bekanntmachung des Projekts Mitte Dezember 2019 bereits über 100 Terminanfragen ein. Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Anfragen noch zunehmen wird.

Justizministerium: „Rechtsstaat macht Schule“

Zusammenhalt in Baden-Württemberg